

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einchl. Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. März 1921

Anzeigenpreis: Berleins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tobesanzeigen 50 Pf., die fünfgepaltenen Zettel; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 35

Bekanntmachung

über Erhöhung des Verbandsbeitrags

Vom 27. März 1921 an (mit dem Beginne des zweiten Quartals) wird der wöchentliche Verbandsbeitrag von 3,50 Mk. auf 4,50 Mk. erhöht. Der seit 26. September 1920 gezahlte wöchentliche Ertragsbeitrag von 1 Mk. für die Hofflandsunterstützung an Arbeitslose, Kurzarbeiter und Gemahregelte ist bis auf weiteres fortzusetzen.

Der Beitrag für Gewerkschaftsmitglieder beträgt vom gleichen Zeitpunkt an 3,50 Mk. pro Woche und der Beitrag für wieder in Beschäftigung gesetzene Invaliden, die nicht wieder als Vollmitglied anerkannt werden, 3,90 Mk. pro Woche.

Berlin, den 17. März 1921.

Der Vorstandsvorsitzende.

Bedenkliche Irrtümer

Der „Korr.“ als Bligableiter

Unter dieser Überschrift klagt die Redaktion des „Korr.“ in Nr. 24 sehr beweglich darüber, daß von Prinzipalseite im Tarifausschuß die „Beihilflichkeit“ der Beihilfen auf die „Hebe“ der „Korr.“-Redaktion zurückgeführt worden sei. Die Redaktion bemüht sich nachzuweisen, daß sie stets durchaus objektiv berichtet und lediglich die Interessen der Beihilfenschaft vertreten habe, die naturgemäß denen der Prinzipale in den meisten Fällen, soweit es sich um Lohn und Arbeitszeit handelt, widerstreiten.

Ich bin der Meinung, einer so langen Entgegnung hätten diese Auslassungen des betreffenden Prinzipals nicht bedurft. Es hätte durchaus genügt, wenn man ihm bedeutet hätte, daß der „Korr.“ das Beihilfenorgan ist, dessen Aufgabe in erster Linie und ausschließlich darin besteht, die Interessen der Buchdruckergehilfen mit allem Nachdruck zu vertreten, ganz gleichgültig, ob das den Herren Prinzipalen angenehm ist oder nicht. Daß eine derartige Tätigkeit von den Unternehmern als „Hebe“ bezeichnet wird, ist doch zu sehr bekannt, als daß man darüber noch Worte verlieren müßte.

Über etwas anderes scheint mir aus dieser Kontroverse hervorzugehen. Es scheint, als ob es eine ganze Reihe von Prinzipalen gäbe, die der Meinung sind, der „Korr.“ sei nur dazu da die Interessen der Tarifausschuß (les: soweit sie den Prinzipalen zum Vorteile gereichen) mit allen Mitteln zu vertreten ohne Rücksicht darauf, ob die Beihilfeninteressen dabei unter den Schillern kommen oder nicht. Mir will scheinen, als ob es an der Zeit sei, den Prinzipalen diese Auffassung ganz gründlich auszutreiben.

Es gibt sicher viele Kreise in der Beihilfenschaft, die mit der Haltung des „Korr.“ nicht immer einverstanden sind, sondern die ebenfalls der Auffassung sind, daß manchmal mehr an die Tarifausschuß bzw. an die tariflichen Organe gedacht werden als an die Not der Kollegen. Und es sind durchaus nicht immer die von „sanz links“, die dieser Auffassung Ausdruck verleihen. Im Gegenteil, auch manchmal alle Verbandskollegen, der es stets für seine Pflicht gehalten hat, in allen Stürmen treu zur Stange zu halten, ist manchmal arg verstimmt gewesen, wenn den Kollegen zum tausendsten Male gesagt wurde, daß das Interesse der Tarifausschuß oder das Interesse des Gewerbes es erfordere, viele, sehr viele berechnigte Wünsche zurückzusetzen.

Aus diesen Gründen meine ich, brauchen unsere Kollegen in der Redaktion sich nicht darüber zu grämen, wenn ihnen von der Gegenseite „Hebe“ vorgeworfen wird. Den Vorwurf können sie mit ruhigem Gemüte ertragen und brauchen nicht einmal eine Spalte, viel weniger fünf dagegen zu schreiben. Der „Korr.“ soll die Interessen der Buchdruckergehilfen vertreten mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Und wenn dann seine Schreibweise so ausfällt, daß manchmal von den Herren Prinzipalen eine Gänsehaut bekommt, nun, so können wir mit vollem Rechte sagen: Die Art, wie die Prinzipale bei der Verhinderung der Tarifausschuß im Januar mit den Begriffen von Treu und Glauben umgesprungen sind,

und die Art und Weise, wie sie sich gegen eine Erhöhung der Feuerungszulage gesträubt haben, obwohl gerade jetzt bei ihnen glanzend verdient wird — das alles würde noch eine viel schärfere Sprache rechtfertigen, als sie von der Redaktion bisher geführt worden ist.

Kassel.

W. Kreib.

Es ist ein sehr bedauerlicher Irrtum, wenn Kollege Kreib annimmt, wir hätten in Nr. 24 „beklagt“, daß die Prinzipalität den „Korr.“ als Heber und Schürer beure. Denn in Wirklichkeit haben wir gar nichts „beklagt“, sondern nur festgestellt, was bisher noch lange nicht allen Kollegen in genügender Weise bekannt war. Würden wir es nicht als unsere Pflicht betrachten, den hohen gewerkschaftlichen Kulturaufgaben zuzuhilfen, deren Erfüllung oder Verwirklichung uns das Vertrauen der Mehrheit der Kollegenschaft berufen hat, mit allen unsern Kräften zu dienen, und zwar selbst auf die Gefahr hin, nicht überall verstanden, ja sogar mehr als sonst ein gewöhnlicher Ertreiber beschimpft und verdächtigt zu werden, so könnten wir dem Kollegen Kreib an dieser Stelle klipp und klar nachweisen, daß alles leider gar nicht so selbstverständlich ist, wie er sich das vorstellt. Daß die entsprechenden Beweise in der Hauptsache nicht aus dem Unternehmerlager stammen würden, sondern aus Kollegenkreisen, das allein büdel uns die Hände!

Wenn es sich nämlich nur darum handeln würde, auf die Einschätzung des „Korr.“ von Unternehmerseite Rücksicht nehmen zu müssen, so könnte uns diese ziemlich schuppe sein. Da es aber dabei letzten Endes nur uns darauf gar nicht direkt ankommt, sondern vielmehr auf die beweisende Wirkung, daß die Hebe des Unternehmertums gegen den „Korr.“ eben nicht überall so halbseitig und vernünftig beurteilt wird, wie dies vom Kollegen Kreib angeblich und vertreten wird, haben wir uns veranlaßt, die Frage einmal etwas deutlicher zu beleuchten. Es gibt nämlich nicht nur Kleinigkeiten von links, sondern nicht weniger von rechts, denen der „Korr.“ um ebenso viele Grade zu revolutionär ist, als jenen von links zu reaktionär. Dabei kommt noch in Betracht, daß die Opposition von links trotz aller angeblichen Schlaubeil, illegaler Methoden usw. ihre Haupttätigkeit auf die Versammlungen und Wahlen der Kollegenschaft verlegt, während die andere Seite in Versammlungen größtenteils durch Abwesenheit gänzlich, dafür aber in den einzelnen Betrieben, also auf dem eigentlichen Boden gewerkschaftlicher Aufgaben, um so schwerer ins Gewicht fällt. Wir glauben, daß Kollege Kreib nach näherer Prüfung dieser Mißstände sich selbst sagen wird, daß in dieser Hinsicht Links wie rechts unverantwortliche Fehler gemacht werden. Zwischen beiden Extremen liegt die gewerkschaftliche Macht. Unsere Aufgabe ist es, die rechtsstehenden Kollegen mehr nach links, der Mitte zu, und die linksstehenden Kollegen etwas mehr nach rechts, ebenfalls nach der Mitte, zu drängen; also unter allen Umständen die gewerkschaftliche Macht zu stärken. Daß wir bei diesen Bestrebungen nicht den Behalt des Unternehmertums finden, kann uns nur zur Ehre gereichen, weshalb wir dies auch gar nicht zu beklagen, sondern nur zu unterrichten haben als Beweis dafür, daß dem Unternehmertum die Haltung des „Korr.“ viel gefährlicher erscheint als alle Oppositionsattachen, die sich, ob gewollt oder nicht, zunächst ja nur gegen die Gefährlichkeit der Arbeiterschaft selbst richten, wie dies z. B. aus dem nachfolgenden Artikel des Kollegen Thorban mit geradezu bedenkenlichen Irrtümern ersichtlich wird.

Das Gebot der Stunde?

Nachdem der „Korr.“ in den Artikeln „Rückblick“ und einigen andern verurteilt hat, die Wogen in der Beihilfenschaft zu glätten und die Tätigkeit unserer Führer zu rechtfertigen, sei es mir vergönnt, auch meine Meinung zum Verlaufe dieser Tarifausschußsitzung und zu dem durch sie erreichten Resultat zu äußern. Jedes Ding hat seine zwei Seiten, und ich überlasse es getrost den Kollegen, über die Richtigkeit dieser oder jener Meinung zu urteilen. „Führer“ habe ich in Anführungszeichen gesetzt, weil ich der Ansicht bin, daß wir wohl gute Gewerkschaftsbeamte, aber keine Führer an der Spitze unserer Gewerkschaft haben. Unter Führer verstehe ich Menschen, die, an der Spitze einer Gewerkschaft stehend, in der Lage sind, die sich in den Mitgliederkreisen bemerkbar machenden Strömungen zu erkennen, sie ihrer Tragweite nach richtig einzuschätzen und dann aus eigener Initiative die nötigen

Schritte zu unternehmen, um diesen Strömungen, falls ihre Stärke das rechtfertigt, zum Stege zu verhelfen.

Daß unsere „Führer“ nicht Führer in diesem Sinne sind, beweist wohl der Verlauf der verschiedenen Tarifausschußsitzungen zur Genüge. Sie haben immer noch nicht erkannt, welchen Grad die Erregung in der Beihilfenschaft erreicht hat; sie sind immer noch nicht zu der Überzeugung gekommen, daß eine Fortsetzung der bisher betriebenen Lohnpolitik nicht zur Einigkeit innerhalb des Verbandes, sondern unfehlbar zu Sonderaktionen und damit zur Zersplitterung treiben muß. Und sie können oder wollen nicht sehen, daß die große Mehrzahl der Gehilfen den unbeeigenen Willen hat, so oder so endlich aus der Misere herauszukommen, und sei es auch durch einen Kampf. Sie stützen sich dabei auf das Ergebnis der Abstimmung über den neuen Tarif, vergessen aber ganz, wie dieses Resultat zustande kam. Stück für Stück waren unsere Vertreter bei den Verhandlungen in ihren materiellen Forderungen zurückgewichen, nur mit dem einen Ziele vor Augen, auf alle Fälle einen neuen Tarifabschluss zuwege zu bringen. Als nach zehn Verhandlungstagen die neue Feuerungszulage bekannt wurde, und im Anschluß hieran aus der empörten Beihilfenschaft heraus in unumkehrbaren Worten, Telegrammen und Resolutionen das Verlangen der Beihilfenschaft auf eine größere Verbesserung ihrer Lebenshaltung in die Ohren unserer Vertreter gellte, verließen sie im letzten Augenblicke, wenigstens zum 1. Januar, dem Tage des Inkrafttretens des neuen Tarifs, eine Lohnaufbesserung zu erreichen. Zu spät! Anstatt nun dem einmütigen Verlangen der Beihilfenschaft Rechnung zu tragen und die Annahme des Tarifs abhängig zu machen von einer sofortigen Revision des materiellen Teiles im Tarif (ist nicht augenblicklichen Wirtschaftslage doch wohl unbedingt mit der wirtschaftlichen Rücksicht), mußte der „Korr.“ in Serien von Artikeln den Gehilfen den neuen Tarif schmackhaft machen, und immer wieder und wieder sollte aus dem Wortschwallde die Faustfrage heraus: Was neue Lohnabstimmung kann und wird sich bis zum 31. März dauern, es muß und wird schon vorher einer Revision unterzogen werden. Darum nehmt den Tarif an, laßt ihn um des Himmels willen nicht an dieser Spitze scheitern! So kam es, daß sich eine Mehrheit für den Tarif fand.

Mit wem Recht aber konnte der Verbandsvorstand diese Politik melden? (Denn in dieser Materie betrachte ich den „Korr.“ wohl mit Recht nur als Sprachrohr des Verbandsvorstandes.) Wußte man so genau, daß sich eine Gelegenheit zur Kündigung bieten würde? Wußte man, daß eine „wesentliche“ Feuerung einleiten würde? Nein, man wußte nicht einmal, ob man überhaupt das Recht hatte, vor dem 31. März zu kündigen, das beweisen verschiedene Ausführungen im „Korr.“ und die Äußerungen der Gehilfenvertreter, wie sie in deren Referaten zum Ausdruck kam. Aber die Wähler waren uns „gnädig“. Im November und Dezember fehlte eine neue „wesentliche“ Feuerung ein und gab dem Grund zur Kündigung. Kein ehrlicher Mensch hätte im Dezember ein rapides Steigen aller Preise ablesen können. Die Prinzipale aber haben es! Nicht aus ehrlicher Überzeugung, sondern aus tatsächlichen Gründen. Sie waren ja im März 1920 und auch Oktober November so prachtwalt mit ihrer Verleppungstaktik gefahren — warum nicht auch diesmal. Was tat der Verbandsvorstand? Anstatt der Mitglieder im Lande sofort von dieser überhört provozierenden Antwort der Prinzipale Nachricht zu geben, anstatt der Gegenseite zu zeigen, daß sie keine „Führer ohne Mannschaft“ seien, wurde im Dunkel weiter verurteilt, das soziale Verständnis der Prinzipale zu finden. So verließ Woche auf Woche, und es fehlte der Preissturz in einigen wenigen Artikeln ein, der den Prinzipalen dann bei den endlichen Verhandlungen Gelegenheit gab, mit Hilfe des kleinen Wortes „wesentlich“ alle Forderungen der Gehilfen zu Boden zu schlagen. Dies Wort „wesentlich“, vom dem der „Korr.“ in einer Fußnote sagt, daß es für die Gehilfenvertreter von vornherein nur eine „Phraze“ gewesen sei. Eine Phraze? Nun, ich glaube, die Prinzipale haben diese „Phraze“ gut ausgenutzt. Viele „Phraze“ genügt für die Prinzipale, um in der Tarifausschußsitzung unter dem Scheine des Rechtes die Forderung der Gehilfen glatt abzuschlagen, und sie genügt, um die nach Aussage des „Korr.“ total erschöpften, überarbeiteten Mitglieder des Schiedsgerichts (einschließlich der Arbeitnehmervertreter) so zu beeinflussen, daß als Produkt stundenlang erberatungen der ominöse Schiedspruch gefällt wurde. Einklammt waren die Gehilfenvertreter der Ansicht, daß dieser Schiedspruch unannehmbar sei — einstimmig wurde er dann doch — in

seinem wesentlichsten Teil unverändert — angenommen. War wirklich kein anderer Weg übrig? Mühte das Reichs- arbeitsministerium angeregt werden, trotzdem unsere Vertreter den Geist, der jetzt dort herrscht, kannten, trotzdem sie wußten, daß bei einem Schiedspruch für die jungen Kollegen bestimmt nichts herauskam? Gibt nicht die plöbliche Nachgebigkeit der Gegenseite am Schlusse der Verhandlungen doch einen kleinen Fingerzeig, wo wohl der Fehler in untrer Taktik liegt?

Man höre auf, dem „Streben im Gewerbe“ die aller- berechtigtesten Forderungen der Gehilfen zu opfern, man höre doch damit auf, der Gegenseite mit Argumenten zu dienen, wie: „Es ist nicht Schuld der Gehilfen und der Prinzipale, daß die Lage so schlecht ist“, — „Die Gehilfen verlangen nicht so zu leben wie 1914“ oder „Die Führung wird die Gehilfenschaft nicht zum Streik aufrufen“. Ist die Lage der Prinzipale so schlecht — oder die der Gehilfen? Wohl ist es Schuld der Prinzipale (abgesehen von untrer eignen), daß wir jetzt zu den schlech- testbegabtesten Arbeitern gehören, wohl verlangen wir, wieder so zu leben wie 1914 (oder haben wir 1914 viel mehr ge- habt als ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein?). Unser Ziel soll und kann nicht sein, immer nur mit Sägen und Würgen so viel für untre Arbeit zu erhalten, daß wir uns notdürftig ernähren können — nein, solange wir untre Ideal einer Wirkungsweise nicht verwirklichen können, verlangen wir doch zum wenigsten eine derartige Be- zahlung für untre Arbeit, daß es uns möglich wird, uns und untrer Angehörigen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen.

Erst wenn dies einmal erreicht ist, wird der „Korr.“ es nicht mehr nötig haben, alle paar Wochen einen neuen Artikel mit dem nun schon zur Genüge bekannten Satz: „Wohl eine der ernstesten und schwersten Aufgaben usw.“ zu beginnen und seine ganze Kraft auf die Bekämpfung der Kollegen zu verwenden. Ich bin sicher nicht der einzige, der den Kopf geschüttelt hat über die so ungeheuer wichtige Überhebung in dem Artikel, der von der Wirkung eines Buchdruckerstreiks auf die gesamte Ar- beiterchaft und die ganze Wirtschaftslage handelt — über das „In-de-Brust-Werfen“ des „Korr.“ im Artikel „Witz- abteller“ und last not least über die Art, wie den jungen Kollegen, die ihren Anmut nicht im „Korr.“ abgeladen haben, sonst um den Mund gewischt wird, indem man sie in dem Artikel „Das Gebot der Stunde“ als „die kraftvollen Träger der aufsteigenden Generation“, als „junge Reden“ anpricht, während die andern sich mit den Titeln „junger Braukoch“ und „Zehrkuten“ abfinden müssen. Nein, nicht diese rhetorischen Kunststücke der Bekämpfung, sondern Aufklärung über und Vor- bereitung auf das, was bei der jetzt herrschenden Richtung im Prinzipalstager kommen muß und wird. Planmäßige Stärkung des Machtbewußtseins, das uns untre Organi- sation geben sollte — planmäßige Stärkung des Willens in der Gehilfenschaft, der dem immer gefährlicheren Sinken untrer Lebenslage Einhalt gebieten will, das ist „das Gebot der Stunde“, damit wir den unausbleiblichen Kampf geschlossen und zureichend aufnehmen können.

Hamburg.

Thöbän.

Kollege Thoban beginnt seinen Artikel mit einem ganz bedenklichen Irrtum bezüglich der Beurteilung der Hal- tung des „Korr.“. Dieser Irrtum liegt darin, daß er an- nimmt, die Berichterstattung über die letzte Carltaus- schußung hätte nur den Zweck gehabt, die Wogen in der Gehilfenschaft zu glätten und die Tüchtigkeit untrer Führer zu rechtfertigen. Viele Aufassung läßt darauf schließen, daß hier ein persönliches Vorurteil in Frage kommt, das eine eigene Gedanken ohne weiteres jedem andern Menschen unterstellt. Nicht um irgendwelche Wogen zu glätten haben wir die verschiedenen Artikel nach der letzten Car- lausauschussung geschrieben, sondern um den Gang jener Verhandlungen so deutlich wie möglich zu schildern. Eben- so wenig beabsichtigten wir, durch die in Frage kommenden Artikel die Tüchtigkeit untrer Führer zu rechtfertigen. Denn eine Rechtfertigung bieten wir für überflüssig, weil wir auf Grund der tatsächlichen und nicht nur eingebildeten Verhältnisse die Überzeugung hatten und noch haben, daß die Verbands- und Gehilfenvertreter nur ihre Pflicht gegenüber der Kollegenchaft wie Männer erfüllt haben, die sich ihrer hohen Verantwortung voll bewußt waren. Kollege Th. ist uns persönlich nicht näher be- kannt, sein vorliegender Artikel ist der erste, den wir von ihm zu Gesicht bekommen haben; wir nehmen daher von ihm an, daß er, wenn er Gelegenheits gebabt hätte, an den betreffenden Verhandlungen mit gleicher persönlicher Ver- antwortlichkeit teilzunehmen, ebenfalls seine Pflicht erfüllt hätte — jedoch ohne an dem Ergebnisse wesentlich etwas ändern zu können. Daß die Führer der Gehilfenschaft ihre Pflicht erfüllt haben, beweist ja der weitere Verlauf der Dinge. Sie waren sich nicht nur der Tragweite, sondern auch der Tragkraft der Strömungen in Kol- legenkreisen sehr wohl bewußt und haben aus deren Stärke jene Schlüsse gezogen, die sich nachher, trotz des minimalen Ergebnisses, als richtig bewährt haben. Die Gehilfenvertreter haben den Unternehmern mehr als ein- mal vor Augen geführt, daß sie angesichts der minimalen Zugeständnisse keine Gewähr für die Aufrechterhaltung des gewöhnlichen Friedens übernehmen können. Trotzdem haben die Unternehmer diese Warnungen nicht beachtet. Und sie werden es in Zukunft noch weniger tun, wenn sie noch weiterhin im „Korr.“ leben können, wie schwach es mit dem Vertrauen der Gehilfenschaft zu ihren Führern frei nach dem Kollegen Thoban bestellt ist.

Und wie steht es denn mit dem modernen Wortspiele von den guten Gewerkschaften? Und den schlechten Führern? Hat nicht jeder Staat seine Beamten, die er verdient, zumal wenn seine Angehörigen diese selbst

wählen können? Sind es nicht die Verbandskollegen selbst, die fast jeden Führer zum „Beamten“ hinpeln, weil er für sein Geld oder für sein Gehalt es allen recht machen soll und soll keiner mehr aus eigener Initiative ohne Beamteneigen seine Rechte wahrnehmen will? Es ist ein billiges Verlangen, alle Schuld auf die Tarifge- meinschaft und deren Instanzen zu schieben. Der Tarif war von jeher nur ein Kompromißvertrag zwischen zwei wirtschaftlichen Gegnern und brachte für beide Teile immer nur die minimale Berücksichtigung ihrer Forderungen. Und trotzdem lebt es nicht an zahlreichen Beispielen da- für, daß die tariflichen Grundlagen heute schon in vielen Branchen überschritten sind, und zwar sowohl in Lohn- wie Arbeitsbedingungen. Die Tarifinstanzen haben dies nicht verhindert, wohl aber nicht selten begünstigt. Allerdings fehlt es auch nicht an Beispielen, wo die tariflichen Rechte noch nicht einwandfrei oder reiflos erfüllt sind. Daran sind aber weder die Tarifinstanzen im allgemeinen noch die Führer der Gehilfenschaft Schuld, sondern jene Kol- legen, die sich eine solche Zurückleitung dauernd gefallen lassen; ohne dazu von Verbands oder Tarifs wegen ge- zwungen zu sein. Wohl daraus nicht hervor, daß der Tarif bei vernünftiger Auswertung eine Grundlage bildet, auf der weiter gebaut werden kann, und daß er in manchen Teilen sogar noch ein erstrebenswertes Ziel ist? Kollege Thoban oder sonst ein einzelner Kollege kann diese Verhältnisse nicht so beurteilen wie die Gehilfenver- treter oder der Verbandsvorstand. In dieser Richtung gibt es eben sehr wesentliche Punkte, die bei der Ent- scheidung über Annahme oder Ablehnung eines mehr oder weniger unbefriedigenden Tarifs in Betracht zu ziehen sind. Die Verhältnisse sind im allgemeinen viel zu un- terschiedlich, um sie über einen Leisten schlagen zu können. Alle diese Unterschiede im „Korr.“ auseinanderzusetzen, verbietet sich jedoch im Interesse der Kollegenchaft. Denn was für den einen Teil noch einen Fortschritt bedeutet, könnte für den andern Teil beitere Verhältnisse ver- schleppern. Da bleibt nur die Möglichkeit, unter allen Umständen wenigstens dafür zu sorgen, daß den am härtesten Bedrückten geholfen wird. Und das ist meist viel schwerer, als halbwegs annehmbare Verhältnisse her- zuweilen zu verbessern. Denn von jeder schwereren Seite haben selten genügend Kraft, größere Widerstände zu überwinden. Da müssen die Stärkeren für sie eintreten und Opfer bringen. Nur dadurch, daß die Schwachen gestützt und höher gehoben, ergibt sich im heutigen Wir- kung der privatkapitalistischen Konkurrenz erst die Mög- lichkeit einer weiteren Hebung bisher schon besserer Ver- hältnisse. Aus diesem Grunde der Dinge erklärt sich z. B. auch die Lage der Provinzkollegen. Deren Gegenseite, die Provinzunternehmer, ist im allgemeinen noch nicht ge- wöhnt, anständige Löhne und Arbeitsbedingungen zu ge- währen. Es sind ja noch keine zwei Jahrzehnte her, daß der Verband für sie fähig wurde; dementsprechend ließ auch die Einführung des Tarifs außerhalb der großen und mittleren Druchorte viel zu wünschen übrig. Wären diese Verhältnisse beim Ausbau des Tarifs nicht berücksichtigt worden, so wäre der Tarif in der Provinz heute noch viel weniger durchgeführt. Dafür aber den Verband oder seine Führer verantwortlich zu machen, heißt Vogelstrauß- politik treiben. Das soll kein Vorwurf gegen die Pro- vinzkollegen sein. Denn es liegt in der Natur der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, daß die Stillierung der Provinzkollegen für die gewerkschaftlichen Bestrebungen nicht minder hemmend ist wie für sie selbst. Aber das sind doch Zufälle, die weder durch gegenseitige Ver- hehlung der Kollegenchaft und noch weniger durch eine Erhöhung des Vertrauens der Kollegenchaft zu ihren Führern beseitigt werden können.

Viele Verhältnisse bedingen es daher auch, daß die Führer alles versuchen müssen, solange wie möglich auf dem Wege der Verhandlung und Verständigung Erleich- terungen für die Kollegenchaft zu erzielen. Die Not-wendigkeit dieses Weges ergibt sich nicht aus irgendeiner persönlichen Anglichkeit der Führer, sondern aus der Position untrer Gegner, die sich zum Teil auf deren wirt- schaftliche Übermacht, zum Teil aber auch gerade auf die Verwirrung stützt, die durch kurzfristige oppositionelle per- sönliche Verhehlung in die Gewerkschaften immer wieder hineingetragen und genährt wird. Wäre das letztere nicht bedauerliche Tatsache, so würde die Position der Gewerkschaftsführer bei allen Verhandlungen viel härter sein.

Es ist daher auch nur ein Spiel mit Worten, das Kollege Th. mit dem Begriffe „wesentlich“ treibt. Denn bei der ganzen Reihenfolge der Feuerungsanlagen in den letzten beiden Jahren haben die Unternehmer immer ver- sucht, einen gewissen Endtermin festzulegen und an dessen Einhaltung oder frühere Aufhebung gewisse Kon- ditionen zu knüpfen. Aber fast durchweg hatten diese keinen Wert; die Entwicklung der Feuerung machte beinahe regelmäßig durch diese für juristischen Finessen einen Strich vor Ablauf der jeweiligen Fristen. Nach solchen Erfor- derungen brauchen die Gehilfenvertreter auch das vorliehe Mal kein besonderes Gewicht auf den Begriff einer „wesentlichen“ Verletzung zu legen. Sie haben daher auch sofort nach Annahme des neuen Tarifs durch Unab- stimmung die Einberufung des Carltausauschusses zur Be- schlussfassung über eine weitere Erhöhung der Feuerungs- anlage beantragt. Und die darauf erfolgte Schließung des Deutschen Buchdruckervereins stützte sich auch viel weniger auf das ominöse „wesentlich“ als auf die juristisch aus- geklärte Verbindung der Einberufung des Carltaus- schusses. Wäre der Vorstand des Deutschen Buchdrucker- vereins wirklich von der Durchschlagskraft des Begriffs „wesentlich“ überzeugt gewesen, so hätte er sicher darauf ver- zichtet, sich auf das unfaire Manöver mit der Lücke im Tarif bezüglich der Sberhoheit des Carltausauschusses einzustellen. Und selbst bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsaus-

schusse des Arbeitsministeriums konnte der Begriff „wesent- lich“ nicht dazu ausreichen, eine weitere Erhöhung zu ver- bindern; obwohl die Tendenz des Vertreters des Arbeits- ministeriums unerkennbar in dieser Richtung lag.

Ein nicht minder bedenklicher Irrtum des Kollegen Th. ist es, wenn er glaubt, aus dem nachträglichen Ver- halten der Unternehmer nach dem Abbruche der Verhand- lungen in Leipzig am 11. Februar von Gehilfenseite die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Nachgebigkeit erst eine Folge der Taktik der Gehilfenvertreter war, braucht ja Kollege Th. nicht einzuleben, weil sonst kein „In-de-Brust- Werfen“ und keine „Überhebung“ gegenüber den Gehilfen- vertrettern sinnlos wäre. Und trotzdem möchten wir dem Kollegen Th. nicht den guten und ehrlichen Willen ab- sprechen, daß auch er als Gehilfenvertreter verstanden würde, das Bette für die Kollegenchaft auf friedlichem Wege zu erreichen; aber wir neigen auch an, daß er so viel Ein- sicht bekunden würde, nicht nur vor sich zu leben, sondern auch hinter sich, wenn es gilt, das letzte Mittel in die Waagschale zu werfen!

„Das Gebot der Stunde“ hat den Kollegen Th. leider ebenfalls in einen ganz bedenklichen Irrgarten geführt. In aus dem Herzen von Kollege zu Kollege geschriebenen Worten, die nichts andern als der Einigkeit der Kol- legenchaft dienen sollten, erhdet er ein „Sonja- und- den-Mund-wischen“ sowie „rhetorische Kunststücke“ und wünscht halt dessen „Aufklärung über und Vorbereit- ung auf das, was bei der jetzt vorherrschenden Richtung im Prinzipalstager kommen muß“. Damit gibt Kollege Th. unabsichtlich zu, daß er gar nicht erkannt hat, daß sowohl die ausführliche Berichterstattung über die letzten Tarif- ausschussverhandlungen, der Artikel über die Haltung des „Korr.“ und „Das Gebot der Stunde“ nichts andres sein sollten und können, als die von ihm gewünschte „Auf- klärung über und Vorbereitung auf das, was kommen muß, aber nach untrer Auffassung nur überwunden werden kann, wenn die Kollegenchaft erkennt, um was es sich handelt. Wir würden uns freuen, wenn Kollege Th. diese Taktik besser verstanden hätte, als es aus seinen vorliegenden Darlegungen hervorgeht. Er scheint aber nicht dazu imstande zu sein. Er bekränkt sich darauf, die Kollegenchaft gegen ihre Führer aufzupuffen, ihnen das Vertrauen in untre Organisation zu verhehlen. Er wünscht planmäßige Stärkung des Machtbewußtseins, das uns untre Organisation geben sollte — planmäßige Stär- kung des Willens in der Gehilfenschaft, der dem immer gefährlicheren Sinken untrer Lebenslage Einhalt gebieten will, damit wir den unausbleiblichen Kampf geschlossen und zureichend aufnehmen können. In dieser Hinsicht sind wir mit dem Kollegen Th. vollständig einig; nur erblicken wir diese Stärkung des Machtbewußtseins und des ein- heitlichen Willens der Kollegenchaft nicht in einer solchen Kampfesweise gegen die von den Kollegen selbst gewählten Führer, sondern in einer Stärkung des beiderseitigen Vertrauens. Es handelt sich dabei keineswegs um die Erhaltung des einen oder andern Führers auf seinem Posten. Denn dies ist für alle, die insbesondere Kol- lege Th. ihr selbstes Artikel angegriffen über „verächtlich“ hat, eine sehr nebensächliche Frage. Für die meisten von ihnen gäbe es sicher noch andre oder verhältnismäßig viel besser bezahlte Positionen als die eines Gehilfenvertreters oder Verbandsangestellten, wenn sie nicht noch so viel Idealismus für die Kulturaufgaben untrer Verbandes hätten, um trotz aller bisherigen Anfeindungen und Ver- dächtigungen auf ihrem Posten auszuhalten. Die Er- kenntnis, im Dienste der Kollegenchaft der Betretung der Menschheit aus kapitalistischen Fesseln zu dienen, läßt sie darüber hinwegsehen, daß sie ihr Brot oft viel mühseliger und undankbarer verdienen müssen als viele Tausende von Arbeitern in privatkapitalistischen Diensten. Und wir sind überzeugt davon, daß die Prinzipalvertreter des Carltausauschusses aus einer solchen Bewertung der Tätig- keit der Gehilfenführer, wie sie Kollege Th. zu erkennen gab, ganz merkwürdige Schlußfolgerungen ziehen werden. Sie werden sich freuen darüber, daß der Idealismus und die persönliche Eingabe der Führer der Gehilfenschaft so durch die Gasse gezerrt werden. Wir aber und untre Refle- gierten auf diesem heiligen Wege werden trotzdem nach wie vor untre Pflicht tun, unbekümmert um das „Sollnana“ von heute und das „Kreuzige“ von morgen!

Mehr Selbstbeschränkung im „Korr.“!

Es hat schon des öfteren Betonung gefunden, daß untre Organisation eine so demokratisch eingerichtete Ge- werkschaft ist, wie es für keinen der Zentralverbände zu- trifft. Die Selbständigkeit der Gewerkschaft (wenn überhaupt notwendig) eignen angefertigten Beamten ist das wesent- liche Merkmal dafür. In größter Freiheit und Gleich- berechtigung aber rauft in untrer Verbandsorgan der Streit des Tages und der Richtungen an uns vorüber. Wenn man es im Protokoll der Nürnberger Generalver- sammlung nicht ziffermäßig lesen könnte, daß fast alles aufgenommen wird, und wenn nicht dann und wann ein- mal im Briefkasten von einer Ablehnung zu lesen ist, dann müßte man bei der außerordentlichen Art und Weise meinen, es würde überhaupt nichts abgelehnt.

Ich bin nun der Ansicht, es wird von untrer Redaktion zu viel getan in der Aufnahme von Artikeln! Niemand kann ausbleiben und behaupten, daß in irgendeiner Be- ziehung die Kritik unterbunden wird, niemand könnte sich beklagen, daß eine Richtung nicht ebenso zum Worte kommt wie die andre. Alle verächtlichen Leser aber haben recht, wenn sie sagen, es erscheinen zu viel Wiederholungen und bei dem leidigen Meinungs-

komple „um die Richtung“ zu viel kleinliche Buchstaben-häuferei.

Freilich kann ein Artikelschreiber nicht immer wissen, daß vor ihm schon tausende viel das gleiche & ausgebrütet haben. Merkt er es dann aber an den weiteren Nummern unres Organs, dann ziehe er sein Geistesprodukt zurück und quäle nicht noch die Redaktion mit Anfragen, wann er denn an die Reihe kommt. Die häufig im Briefkasten zu lesenden Verhöhnungen lassen darauf schließen, daß diese falsche Methode die Regel ist. Dann möchte ich noch sagen, es sollter speziell bei Zeitsungszulagenbewegungen vorher wie nachher nicht so viel gewagte Behauptungen aufgestellt werden. Es geschieht das sowohl nach Seite unrer Organisationsstellung bzw. d. r. Gebietsvertretung wie der Prinzipalität ein. Man kann da manchmal etwas lesen, das erlaunen macht, und da weiß man dann noch nicht, was schon von der Redaktion getrichen oder geändert worden ist. Auch die entschiedene Interessensverleugung hat nicht notwendig, Behauptungen aufzustellen, die schließlich schon aus Gründen der gesunden Logik nicht ernst genommen werden können. Ich behaupte, daß in früherer Zeit die im „Korr.“ aus der Kollegenmitte anzureisende Kritik viel sachkundiger und darum wirksamer ausfiel. Selbst sehen wir viel, zu viel Quantität und vermissen sehr die Qualität. Hier ist mehr Selbstbeschränkung tatsächlich notwendig, und bei der Jugend wohl am meisten. We bei uns die Federn losgelassen werden, das gibt es in anderen Gewerkschaftsblättern wohl kaum. Deshalb ist in den übrigen Verbänden die innere Ruhe auch in kritischen und materiell unbestreitenden Situationen größer als bei uns. Das ist für die gewerkschaftliche Tatkraft nicht unwichtig!

Wenn in der Qualität auch etwas besser, so in der Quantität viel zu ergebnis reich sind die polemischen Richtungsartikel. Selbst Ende Januar haben wir wohl über zwanzig geniesen müssen. Die von links kommenden überwiegen, was wiederum ein Beweis ist, daß die „Korr.“-Redaktion der Meinungsfreiheit weitesten Raum läßt. Ich behaupte, zu großen. Wenn die Kämpen von rechts, links und ganz links die Debatten von allgemeinen, großen Gesichtspunkten fuhren konnten, wenn sie nicht auf jeden Satz, den dieser gesprochen oder jener geschrieben, losgehen würden, wenn von ihnen die Auseinandersetzung nicht unnötig verwickelt und der Eindruck der Propaganda für die eigene Richtung bzw. Partei vermindert werden möchte und nicht jeder das letzte Wort haben wollte, dann entspränge vielleicht noch ein Gewinn daraus. Ein Sprichwort besagt ja, aus Gärung zur Klärung. Es wird aber wohl keiner behaupten wollen, daß aus den vielen Berliner Artikeln und dem Leipziger Artikel in Interlinearform ein Nutzen für die Leser und ein Gewinn für den Verband sich ergibt. Nein, eine Verechtungslur kann nicht insoweit angelegt werden! Außerhalb von Berlin und Leipzig denkt man über diese „Erregungsdialen“ gar nicht gut. Das einzige greifbare Resultat aber wird eine nicht so geistige Selbsterleuchtung des Lesers beim „Korr.“ sein; auch ein Erfolg.

Wie in der ersten Begegnung, muß auch hier mehr Selbstbeschränkung eintreten. Bei vieler zu einseitigen Kost müssen die Leser so verüßert werden! Die Redaktion hat genügend bekundet, daß sie Kritik und Richtungsstreik nicht behindert, die Meinungsfreiheit ist gewahrt wie nirgends. Es wäre geradezu Unfug, wenn Kollegen, die blanke Wiederholungen bringen und nicht mehr zum Worte zugelassen werden, von Beschränkung der freien Meinungsäußerung reden wollten. Habe ich bisher die Fälligkeit der Redaktion anerkannt, so muß ich zum Schluß doch noch ihr verlangen, daß sie von ihrem Alibiungrsrechte mehr Gebrauch machen möge. In welchem lokalen Sinne, geht aus meinen Zeilen hervor. Die elrigen Leser des „Korr.“ wollen nichts prinzipiell missen, verlangen aber eine bessere Verteilung des Stoffes und deshalb auch von jenen, die es angeht, mehr Selbstbeschränkung im Interesse des Ganzen. Dann kann unrer Organ mannigfaltiger werden und dadurch belebender wirken.

Stuttgart.

W. S.

Entlastet den „Korr.“!

In unrer guten Stadt Magdeburg sind von unrer Kollegen in Amt und Würden: ein Stadtrat, drei Stadtverordnete; zu Geschworenen sind in diesem Jahre bis jetzt drei Kollegen und zu Schöffen ein gutes halbes Duzend berufen. In der nächsten Umgegend Magdeburgs ist auch eine große Anzahl von außerhalb Wohnenden als Verordnete in die Gemeindevereinigungen gewählt. Ein Kollege, im Nebenamt sogar Vorstehender des hiesigen Ortsvereins, ist als Zivilkommissar beim Oberpräsidium berufen, ein anderer Kollege (ebenfalls natürl. d. r. Verbandsmitglied) hat es bis zum Polizeipräsidenten gebracht. In vielen andern Körpern, wie Mietselungs- und Wohnungsämtern, bei der Wohlfahrtspflege u. w. wirken untre Kollegen mit. Das sind alles selbstverständliche Pflichten, die jeder Staatsbürger ausüben muß, dem die bürgerlichen Ehrenrechte nicht aberkannt sind. Früher war die Franzisierung von Arbeitern zu solchen Ämtern allerdings eine Ausnahme, jetzt ist das Gegenteil eine erfreuliche Bestätigung des von der Arbeiterchaft erstellten Fortschritts.

Magdeburg hat aber noch nicht Gelegenheiten genommen, mit solchen Selbstverständlichkeiten den Raum unres „Korr.“ in Anspruch zu nehmen, wie man es jetzt zum Überdruß aus kleinsten und mittleren Orten lesen kann. Wer darüber unrer Verbandsorgan außer Achtam verfolgt, ist sprachlos, welcher Vorwand da oft herhalten muß, um sich gedruckt im „Korr.“ sehen zu lassen. Denn das ist jetzt wohl meistens der Zweck der Abnung dabei. Sämtlich kommt auch einer und läßt seine andere Ämter mit auf-

markieren. Was sollte nur werden, wenn aus den großen Mitgliebschaften Berlin, Leipzig usw. die zu irgendeinem öffentlichen Amte gewählten Kollegen auch im „Korr.“ aufgezählt werden sollten? Es würde das dann wohl selbst denen zu viel werden, die jetzt unrer Verbandsorgan mit ihrer werlen Person belasten.

Wachen wir also nicht weiter Aufhebens von Sachen, die nützlicherweise nun Selbstverständlichkeiten geworden sind.

Magdeburg.

F. B.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenlehreverein.) In der Vereinsversammlung am 6. März teilte der Vorstehende mit, daß der sogenannte Schürmerer Lichtbildvortrag am 3. April ausfällt, dafür aber ein Vortrag über „Elektrische Heizung an den Schmelzöfen“ gehalten wird. Sollte sich die geplante Wanderversammlung nach Rauen verschieben, ist eine Versammlung am 8. Mai in Potsdam in Aussicht genommen. Im Aprilhefte des „Jungbuchsdrucker“ wird ein Artikel des Kollegen Höbner veröffentlicht, auf den untre jungen Handwerkerkollegen besonders hingewiesen werden. Für einen in bitterster Not geratenen Kollegen wurde einstimmig beschloßen, von jedem anwendenden Kollegen 2 Mk. zu erheben; den nicht anwendenden Kollegen wurde es zur Pflicht gemacht, ebenfalls 2 Mk. beim Drucker-Kassierer für diesen Kollegen abzuliefern. Da noch keine Klarheit über die Einleitung unres Verbandsbeitrags mit den Verbandsbeiträgen erhalten ist, wies der Kassierer darauf hin, daß die Drucker-Kassierer am kommenden Monatschluß die Differenz des 6 sberigen Monatsbeitrags und unres letzten Wochenbeitrags einzukassieren haben. Die Wahl eines Mitgliedes zur Zentralkommission erledigte sich glatt. Zur Aufnahme meldeten sich 15 Kollegen. Nächste Versammlung am 3. April.

H. G. Berlin. Am 1. April kam der Seher Hugo Manueel auf eine 50jährige Buchdruckerlaufbahn zurückzublicken. Geboren am 19. Januar 1857 in Berlin, lernte er vom 1. April 1871 bis 1. Oktober 1875 bei Sawleski, wo er bis zum Streik 1876 verblieb, ergriff dann den Wanderschaft und konditionierte von Oktober 1876 bis April 1878 in Hannover bei Obmann, darauf kurze Zeit in Kreuznach, von Juli 1877 bis November 1878 in Stuttgart bei Meier. Nach Ableistung seiner Militärpflicht kehrte er wieder nach Stuttgart zurück, um bei Gebrüder Gröninger zu arbeiten. Von Oktober 1887 ab wurde Berlin wieder sein ständiger Aufenthaltsort und nachdem er hier in verchiedenen Druckerereien gemerkt, zog er 1899 in die Norddeutsche Buchdruckererei ein. Sein lebenswichtiges und kollegiales Wesen verschaffte ihm die Achtung aller seiner Mitarbeiter.

Frankenthal (Pfalz). Unre Generalversammlung fand am 13. Februar statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man durch Erheben von den Eltern das Andenken eines auf dem Felde der Ehre gebliebenen lieben Kollegen, dessen Tod erst jetzt amtlich mitgeteilt wurde. Vorstehender, Kassierer und Schriftführer blieben die alten, während für die übrigen Vorstandsstellen eine Neuwahl stattfinden mußte. Verschiedene Kollegen haben unrem Berufs den Rücken gekehrt und sind zur Metallindustrie und zur Badischen Anilin- und Sodafabrik übergetreten und verdienen dort bedeutend mehr als wie in unrem Berufe. Durch die Erweiterung der Zone von 10 auf 15 km sind wir dem Vororte Ludwigshafen a. Rh. gleichgestellt worden und jetzt endlich in den Genuß der 20 Proz. gekommen, die Ludwigshafen jetzt schon hat, denn die Tarverhältnisse sind in beiden Städten die gleichen. Die tariflichen Verhältnisse sind hier als gute zu bezeichnen. Auch zu der übrigen Arbeiterchaft leben wir hier auf sehr gute Füße. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Vorjahres 32.

Bezirksverein Hanau. Die am 13. Februar in Hanau abgehaltene Hauptversammlung hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen. Vorstehender Weibbrod widmete dem verstorbenen Gewerkschaftsführer Karl Wegler einen warmen Nachruf, und die Versammelten ehrten dessen Andenken in üblicher Weise. Aus dem vom Vorstehenden erstellten Jahresbericht ist erwähnenswert, daß mit Ende vorigen Jahres der Ortsverein Alschaffhausen aus dem Bezirke Hanau ausgetreten ist und sich dem Gau Bayern angeschlossen hat. Agitation im Mainthal im Interesse der Gewerkschaftsbewegung waren die Gründe hierfür. Der Mitgliederstand des Bezirkes ist infolge der Veränderung auf 119 heruntergegangen. Zum Vorstehenden wurde Kollege Weibbrod und zum Kassierer Kollege Rautenberg wiedergewählt. — Nach der Versammlung vereinigten sich die Kollegen noch zu einigen Stunden gemüßlichen Besammelns, um die 25jährige Verbandszugehörigkeit der Kollegen Jean Boos, Wilhelm Böhm, Wilhelm Moritz, Georg Paalr, Artur Rautenberg und Hugo Wagner zu feiern.

Bezirk Hannover. (Maschinenlehre.) Am 13. Februar fand unrer Generalversammlung statt, die gut besucht war. Kollege Ebenbach erstattete den Jahresbericht. Er erwähnte u. a., daß der Verein in diesem Jahre 15 Jahre besteht. Der Stillungsstil der Gaugeneralversammlung — geleitet werden. Der Verein zählte am Schluß des Jahres 1920: 84 Mitglieder. Um unrer Ortskassie auf die Beine zu stellen, wurde eine Erhöhung des Beitrags beschloßen, und zwar 40 Pf. wöchentlich ab 1. März. An Stelle des Kollegen Ebenbach wurde Kollege Dannert zum Vorstehenden gewählt, da ersterer ein

Wiederwahl ablehnte; doch wird Kollege Ebenbach die Geschäfte der Gaugeneralversammlung bis zur Generalversammlung, die im Mai in Hannover stattfindet, weiterführen. Die übrige Zusammenkunft des Vorstandes blieb dieselbe. Bei der Besprechung über das Ergebnis der Neuwahl zur Zentralkommission wurde bedauert, daß Kollege Trath als Vorstehender nicht wiedergewählt sei, und es kam zum Ausdruck, daß dem Kollegen Werath für seine geleistete Arbeit Dank gebühre, da er stets in unelgenut alter Weise die Interessen der Kollegen vertreten habe. Mit dem Punkte „Technisches“, wo u. a. eine Ausdrucksache über die elektrische Heizung einfiel und sich eine lebhaft debattierte, land die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Sildesheim. (Maschinenlehreverein.) In der am 2. Februar abgehaltenen Generalversammlung erstattete Vorstehender Prinz den Jahresbericht über das verlossene Vereinsjahr. Der Kasienstand ist ein guter zu nennen. Einer Argeerwitwe konnten zu Weihnachten 50 Mk. überreicht werden. Bei der Vorstandswahl lebnte der Vorstehende eine Wiederwahl einzustehen ab. Der neue Vorstand setzt sich u. a. zusammen aus den Kollegen Heinrich Traumann als Vorstehendem und Anton Schmidt als Kassierer.

h. Glimenau. Am 27. März d. J. sind 50 Jahre verlossen, seit unrer Kollege Friedrich Schuster seine Buchdruckerlaufbahn begann. In Halle a. d. S. am 22. Februar 1857 geboren, trat er dort Ostern 1871 in der Reichsmännlichen Buchdruckererei als Lehrling ein, konditionierte nach Beendigung seiner vierjährigen Lehrzeit in der Waisenhausbuchdruckererei, ferner in Gierlohn, Merseburg und von 1876 bis 1894 in Dessau. Im Jahre 1894 übernahm er den Posten des Faktors in der Reiterischen Buchdruckererei in Glimenau, den er noch heute verwaltet. Dem Verbands gehörte Kollege Schuster seit 1875 ununterbrochen an. Wir wünschen ihm volle Gesundheit, damit er noch lange Jahre seinem Beruf erhalten bleibt.

Kattowik. Eine vor kurzem hier abgehaltene allgemeine Buchdruckererversammlung beschloß in Anbetracht der hiesigen leuren Verhältnisse, an die Prinzipale erneut mit einer Forderung heranzutreten. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, 50 Mk. zu fordern sowie die Bewilligung der Wirtschaftsbefehle auch für die Kollegen der Klasse A zu erreichen. Anfangs lebnten die Prinzipale ein Verbandseln ab, sie belannen sich später aber eines Bessern und schlugen den 2. März als Verhandlungstag vor. Den Kollegen der Klasse A wollten sie überhaupt nichts geben, da sie anscheinend das Minimum noch nicht verdienen. In dem prinzipalsseitigen Entschluß, 25 Mk. wöchentlich zu bewilligen, und zwar bis 2. April, sowie eine einmalige Wirtschaftsbefehle von 52 Mk. für die Kollegen der Klasse A, schellerten die Verhandlungen. In einer darauffolgenden weiteren allgemeinen Versammlung wurde ein Ultimatum auf Zahlung einer Summe von 40 Mk. wöchentlich bis auf weiteres beschloßen. Überhaupt wurde von den Kollegen der Klasse B, Schlichting, die die Wirtschaftsbefehle in Höhe von 40 Mk. verlangten, außer Acht gelassen. Außer wenigen Druckerereien, deren Personale infolge dessen in den Ausstand traten, wurden sämtliche Forderungen bewilligt. Auch die Kollegen der Klasse A erhielten ihre Wirtschaftsbefehle in Höhe der Klassen B und C.

Leipzig. Sein 50jähriges Verbandsjubiläum begeht am 28. März d. J. unrer Kollege Alois Scherbeck. Geboren am 24. Mai 1853 in Laibach i. Krain, kam er am 2. Januar 1866 in der Buchdruckererei Rudolf Müllers in Laibach in die Lehre. Nach Beendigung seiner kleinrenterleibjährigen Lehrzeit trat der nunmehrige Jubilar im März 1871 in den Kronlandverein der Buchdrucker Krains als Verbandsmitglied ein. Von 1873 bis 1877 genugte Kollege Scherbeck seiner Militärpflicht, und im Oktober desselben Jahres wurde er als gegenständliches Mitglied in München in den Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker übernommen. Die 1886er Tarifbewegung und den Neuntundenkampf machte er bis zum Schluß mit. In einer Reihe von Städten: in Laibach, Magenfurt, Graz, Wien, Triest, Rudolfswert i. S., München, Ingolstadt, Oberhausen, Kassel, Waltershausen und Neustadt b. A., hat Kollege Scherbeck konditioniert; seit März 1882 ist er in Leipzig tätig (gegenwärtig im Bibliographischen Institut). Möge dem wackeren Kollegen ein heilerer Lebensabend besidehen sein!

Mannheim - Ludwigshafen. (Maschinenlehreklub.) Unre Generalversammlung am 20. Februar ehrte zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen in üblicher Weise. Nach Erleblung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erstattete der frühere erste Vorstehende Joubenall den Jahresbericht. Nachdem die Zentralkommission den Vorstand unres Klubs beauftragt hat, die Kassegeschäfte zu übernehmen, wird dieser nunmehr seine Tätigkeit aufnehmen. Den Kasienbericht erstattete Kollege Major. Der Mitgliederstand befreit sich auf 98. Der Beitrag beträgt jetzt Juli wöchentlich 20 Pf. Zum ersten Vorstehenden wurde Kollege Anton Leber gewählt. Nach einer Durchbesprechung der neuen Druckerbestimmungen folgte noch die Erleblung einiger interner Angelegenheiten.

Geforben

In Offen am 10. Februar der Drucker Gottfried Kluge, 27 Jahre alt — Rippenentzündung.
In Godesberg am 7. März der Buchdrucker Adolf Schuch von dort — Nervenleiden.
In Hanau am 6. März der Buchdrucker Christian Thomer.
In Siepmen i. Lahn am 2. März der Seher August Dübnerberg, 51 Jahre alt — Aethyple die.
In Würzen am 24. Februar der Seher Rudolf Frommberg, 23 Jahre alt.

Rechtzeitige Bezugsrenewierung des „Korr.“

zum Quartalswechsel ist Vorauszahlung für ungestörte Zustellung. Da Bestellgebühr fortgelassen, ist der Bezugspreis nur 1,50 Mk.

Nach Oberschlesien

Der in Nr. 22 des „Korr.“ veröffentlichte Aufruf des Verbandes deutscher Buchdrucker in der Republik Polen an alle deutschen Kollegen in Polen gibt einem Kollegen Sowa aus Beuthen (O.-Schl.) Veranlassung, in unserm Verbands Artikel zu lesen und Propaganda in den polnischen Verband zu machen. Man lese eine vorläufige Artikel, wenn Kollegen, die organisatorischen Verhältnisse der Buchdrucker in Polen praktisch kennen gelernt hätte. Das ist doch aber nicht der Fall. Kollege S. ist der Ansicht, daß es te. eini em guten Willen möglichen gewesen wäre, alle deutschen Verbandsmitglieder dem Polener polnischen Verband oder dem Zentralverband der Buchdrucker in Warschau anzuschließen. Viele Möglichkeiten ist uns bis heute nicht gegeben, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Der Warschauer Verband, der sich untr. Willens nur auf die Stadt Warschau beschränkt, ist nur eine Kampfgemeinschaft ohne jegliche Unterstützungsleistungen. Der Polener Verband, mit dem schon Verhandlungen gepflogen wurden, steht mehr auf nationaler als gewerkschaftlicher Grundlage. (Siehe den Aufruf des polnischen Verbandes; in Nr. 52 des „Korr.“ v. S. veröffentl.)

2. Der polnische Verband rechnet bei einem Abtritt nur ein Drittel der im deutschen Verband geleisteten Beiträge an, worauf wir auf keinen Fall eingehen können. Auch sind die Unterstützungsleistungen sehr rückständig. (Anwaltsbenutzung fehlt ganz.)

3. Wir haben als Kollegen immer danach gestrebt, mit untr. polnischen Kollegen in jeder Beziehung aufzukommen; leider sind wir aber, besonders in letzter Zeit, durch verkehrte Vorgänge, die hier nicht besonders erwähnt werden sollen, eines andern belehrt worden.

4. Eine große Ungehörigkeit der polnischen Kollegen zeigen wir aber, hier besonders, gegen: In dem polnischen Mittelungsblatt „Informator“ Nr. 1, März 1921, das in Polen herabsteht, wird und für welches der bekannte Kollege Leon Szyperski zeichnet, befindet sich folgender Aufruf, den wir in der Übersetzung wiedergeben:

„An alle Kollegen in der Republik Polen! Unter diesem Titel finden wir in Nr. 22 des „Korr.“ einen Aufruf des „Verbandes deutscher Buchdrucker in der Republik Polen“ mit dem Sitz in Bromberg. Man fordert in diesem Artikel alle deutschen Kollegen auf zum Zusammenbruch im besonderen Verbands. Der Aufruf richtet sich auch speziell an die deutschen Kollegen in Oberschlesien. Bezeichnend ist der Absatz, der die Kollegen in Oberschlesien auffordert, im Falle der Vereinigung Oberschlesiens mit Polen dem besonderen deutschen Verband beizutreten. Diese Organisation steht in Verbindung mit Berlin und schließlich mit dem Zentralverband in Göttingen. Man sieht es, daß den Deutschen Berlin am Herzen liegt. Traurig ist es, daß dieser echt deutschen Organisation ziemlich viel Polen angehören, sogar solche, die als echte Patrioten angesehen sein wollen. Da ist kein Platz für einen Polen, denn für ihn müßte nur ein einziger gelten, und das ist der polnische Verband. Hunderte von polnischen Kollegen treten schon aus dem deutschen Verband aus, nicht ahnend der materiellen Verluste. Es sind unter diesen Kollegen mit einer enormen Anzahl von Beiträgen. Und auch der Rest dürfte nicht zulassen, daß ihre Großen nach Berlin wandern und sie mit ihren eignen Großen eine Welle gegen sich schmeiden. Auf alle untr. Bemühungen um eine Abfindungssumme an gegnete man uns: Wir geben nichts, denn die Situation ist noch ungeklärt und ähnelnd Gewäch, das erst 200000 März für die ausgeschiedenen Kollegen, Polen geben sie nichts! Es hat kein Sinn, daß wir auch Arbeiter, Kollegen sind und daß ein internationaler Buchdruckerverband besteht, dem auch Deutschland angehört. Sie geben uns nichts, denn wir sind Polen.“

Denken wir daran, daß vor dem Krieg in deutschen Dingen keine Kollegen getödtet wurden, die dem polnischen Verband angehört. Angesichts dessen muß untr. Parole sein: In polnischen Druckereien haben nur Kollegen zu stehen, die im polnischen Verband organisiert sind!

Alle diese Gründe, Kollege Sowa, geben uns Veranlassung, selbständig zu arbeiten, ohne die von Ihnen ins Feld geführte „besondere Eigenartigkeit“, welchen Vorwurf Oberwärts wir uns ganz energisch verbitten. Wir

wollen genau, was wir zu tun und zu lassen haben. Wenn die polnischen Kollegen so international wären, wie es die deutschen Kollegen sind, dann wären wir der Droße „Proletariat aller Länder vereinigt euch!“ ein viel Stück näher gekommen. Ob wir hier eine Erleichterungsmöglichkeit haben, Kollege S., diese Frage zu beantworten, ist nicht schwer. Ebenso gut wie der polnische lokale Gewerkschaft in Polen so lange schon erklären konnte, können wir es auch. Untr. Einrichtungen sind so getroffen, daß auch bei einer noch so groben, sich nötig erweisenden Umwandlung deutscher Kollegen unter Verband gut bestehen kann.

Wenn natürlich die polnischen Kollegen zuhünftig den „Herr-im-Saule-Standpunkt“ verlassen und sich bemüht werden, daß auch die deutschen Kollegen im Verbandsleben ein Mitspracherecht haben müssen, dann ist vielleicht der Zeitpunkt gekommen, einer Einigungsvereinbarung näherzutreten. In dem Maßstab der nationalen Welle gemessen, wird dies jedoch in absehbarer Zeit nicht möglich werden, denn der internationale Gedanke ist den polnischen Kollegen ein vollständig unbekannter Begriff. Wenn die polnischen Kollegen in Oberschlesien (nach der Schreibweise des Kollegen Sowa zu urteilen) anderer Meinung sein sollten, würde es uns bezüglich freuen. Vielleicht lehrt es uns die nächste Zeit. Allenfalls ruhen wir allen Kollegen in Oberschlesien zu: „Verändert sich die Grenze, dann kehrt auch uns an!“

Verband deutscher Buchdrucker in der Republik Polen.
H. B.

Dem Kollegen Sowa zur Erwiderung

Weiter Kollege aus Beuthen (O.-Schl.). Sie nehmen Veranlassung, uns deutschen Kollegen in Polen in einem Artikel des „Korr.“ (Nr. 28) zu zeigen, wie es gemacht und wie es nicht gemacht wird. So kann nur einer urteilen, der die richtigen Verhältnisse nicht kennt.

Was war denn der Grund zur Gründung des deutschen Verbandes in der Republik Polen? Nicht „Zersplitterungspolitik“, nicht „nationale Fragen“, geschweige denn „Eigenliebe“ haben uns dazu getrieben.

So hören Sie denn, was uns dazu bewegt: Es wird Ihnen wohl bekannt sein, daß immer noch die Auswanderung nach Deutschland rollen. Die deutsche Bevölkerungsziffer geht rapid zurück. Gerade die Buchdrucker haben darunter am meisten zu leiden. Die Zahl der deutschen Setzungen verringert sich, die polnischen Setzungen vermehren sich. Die Behörden in den polnischen Druckereien stellen: es ist denn, daß die Verhältnisse erfordern. So ist es denn gekommen, daß von der deutschen Druckerei nur noch eine vorhanden ist, in der zwei deutsche Kollegen beschäftigt werden. Wenig ist es in anderen Städten des ehemaligen preussischen Siedlungsgebietes. Zur Zeit erscheint hier noch eine deutsche Zeitung, die von einer polnischen Druckerei herausgegeben wird. Bei einmaliger Unrentabilität wird auch diese Zeitung von der Bildfläche verschwinden. Einige deutsche Kollegen werden vorübergehend als Auftragsarbeiter beschäftigt. Zur Zeit sind keine arbeitslosen polnischen Buchdrucker vorhanden. Wenn nun aber letzterer Fall eintreten sollte? Die Frage dürfte niemand schwer fallen zu beantworten. Sa, was dann?

Ein Konflikt ohne Zweifel ist für einen nur deutschsprechenden Kollegen undenkbar. Der einzige Ausweg ist dann die Auswanderung nach Deutschland. Um nun nicht der erworbenen Rechte verlustig zu geben — es sind Kollegen darunter, die 1000 und mehr Beiträge geleistet haben —, müßten wir uns entschließen, einen deutschen Verband auf gegenseitiger Basis mit der Mutterorganisation zu gründen. Das ist der Grund, warum wir diesen Schritt getan haben. Befehle der Warschauer Verband ebenfalls gegenständig. In hätten wir keinen Augenblick gezögert, uns diesem anzuschließen. „Wir polnischen Kollegen hätten von euch dasselbe Solidaritätsgebot erwartet, wie wir es bewahrt haben, denn trotz der großen Zahl polnischer Kollegen ist es uns nicht eingfallen, einen polnischen Verband in Deutschland zu gründen und so gegen die eignen Klassen- und Berufsgenossen aufzutreten.“ Gewiß schöne Worte, Kollege Sowa. In der Tat steht es aber anders aus. Schon vor der Belegung durch Polen haben hier viele polnische Kollegen, die untr. Verband angehört, keine Beiträge gezahlt. Ja nicht einmal abgemeldet, wie es das Statut vorschreibt. Sollte Oberschlesien gegebenenfalls eine Ausnahme machen?

Nach Darlegung der Verhältnisse wird wohl jeder gerechtfertigende Kollegen uns mit dem Vorwurfe verahnen, daß wir „neuzeitliche Gewerkschaftspolitik“ treiben.
Lhorn. H.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Am 15. März landeten in Wien zwischen den Vertretern der im Artikel vereinigten Gewerkschaften (Buchdrucker, Buchbinder, Stein drucker und

Silberarbeiter) und der graphischen Unternehmerklasse neue Verhandlungen zwecks Erhöhung der Teuerungszulagen statt. Sollte es nach einige Tage vorher den Umständen, daß es diesmal aller Voraussicht nach zu einem wirtschaftlichen Kompromiss kommen würde, weil in Anbetracht der stetig größer werdenden Entwertung des Geldes die Gewerkschaften energischer als bisher den Forderungen ihrer Monatsgeber Rechnung tragen müßten, andererseits aber die Unternehmer in gewohnter Weise die ganze Angelegenheit in die Länge zogen und verwickelndlich die Forderung stellen ließen, zu einem Kompromiß es lowelo kommen, ob dies nun jetzt oder später der Fall ist, wäre egal, gelang es demnach, nach 13stündiger hartnäckiger Beratung zu folgenden Vereinbarungen zu gelangen: Alle qualifizierten Gewerkschaften in ganz Österreich, gleichviel welcher Lohnklasse und welcher Konstitution angehören, erhalten 40 Proz., die Silberarbeiter 50 Proz. ihres gegenwärtigen Gehaltsminimums als neue Teuerungszulage, die erstmalig am 19. März auszusprechen ist. Bezüglich der Beiträge und Beitragsminderungen haben sich die Unternehmer ebenfalls moralisch verpflichtet, die entsprechenden Erhöhungen ihrer „Beiträge“ zu gewähren. Für Wien beträgt demnach das Minimum in der Klasse A 787+315=1102 Kr., in der Klasse B 1008+453=1461 Kr., und in der Klasse C 1270+508=1778 Kr. Das Verlangen der Gewerkschaften, in Wien die Klasse B mit der Klasse C bezüglich der Zulage gleichzustellen, wurde von den Unternehmern abgelehnt, doch gelang es den Gewerkschaften immerhin, für die B-Klasse eine um 50 Kr. höhere Zulage zu erringen, als die 40 Proz. ausmachen. Vielen gewiß schönen Erfolg verdankt die Gewerkschaft in erster Linie ihrer Einigkeit und Geschlossenheit, der zur Zeit herrschenden guten Konjunktur und nicht zuletzt dem lahrkräftigen Handeln der österreichischen „Buchdruckerkongresse“. Das es auch in Österreich Kollegen gibt, die grobsartige Übralen drehen und dies für „null und nichtig“ erklären, sei nur nebenbei erwähnt. Die Tarifrevision steht vor der Tür, denn am 30. Juni läuft der Tarifvertrag ab. Ob es in Wien nochmals zu einer Teuerungszulagenbewegung kommt, ist vorüberhand ungewiß.

Bereits vor dem Zustandekommen der Verhandlungen über die allgemeinen Teuerungszulagen haben sich die technischen Personal der Wiener Zeitungen sowie alle übrigen im Zeitungsgewerbe beschäftigten Gruppen infolge der von Tag zu Tag größer und mächtiger werdenden Teuerungszulagen genötigt, an die Herausgeber um Bewilligung einer neuerlichen Erhöhung der Teuerungszulagen heranzutreten. Die diesbezüglichen speziellen Verhandlungen am 25. Februar (erstmalig folgendes Resultat: Ab 28. Februar (erstmalig zahlbar am 5. März) wurde eine weitere Erhöhung der wöchentlichen Teuerungszulagen bei den Gewerkschaften um 540 Kr. und bei den Silberarbeitern um 430 Kr. gewährt. Ferner verpflichteten sich die Herausgeber, am 5. März, als Zuschuß für den Monat Februar, den Gewerkschaften 1000 Kr. und den Silberarbeitern 800 Kr. zu zahlen. Die Verhandlungen wurden vom Vorliegen in der laasten und lauchlichsten Form geführt, wobei allerdings mit großer Härtsindigkeit von beiden Seiten der Interessenhandpunkt vertreten wurde. Kürzlich hielt der Klub der Zeitungsgewerkschaften Wiens seine 40. ordentliche Generalversammlung ab. Im Jahre 1880 aus der Not der Zeit geboren, ist der Klub im Laufe der Jahre die mächtigste Stütze dieser Spartenkollegen geworden. Wie es vor 40 Jahren in den Zeitungsbetrieben Wiens ausah im Vergleich zu heute, das zu beschreiben, würde den Raum des „Korr.“ in ungehörlicher Weise beanspruchen. Es wird genügen zu sagen, daß die Wiener Zeitungsgewerkschaft die Alttruppe der österreichischen Buchdrucker-Gewerkschaften im besonderen und der gesamten Arbeiterklasse im allgemeinen ist. — Auch der Klub der Malchinmeister und Drucker Steiermarks mit dem Sitz in Graz beging am 19. und 20. März die Feier seines 25jährigen Bestehens.

Wie das Wiener Finanzblatt „Die Börse“ kürzlich zu melden wußte, hat der ehemalige Präsident der Depositenbank, Dr. Kranz, das industrielle Werk Fildamend für 80 Mill. Kr. käuflich erworben. Es wird in Verbindung mit der amerikanischen Einoppelellschaft sich in Wien in ganz neuerlicher Konstitution erzeugen. Das Unternehmen wird als gewirtschaftlich einflußreich unter Beteiligung des Staates und der Arbeiterklasse geführt werden.

Auf eine Zunahme deutscher Druckaufträge in Österreich läßt ein Aufruf über den Rückgang der Arbeitslosigkeit schließen, den das „Neue Wiener Journal“ veröffentlichte. Darin wurde u. a. bemerkt: „Bei den Graphikern haben sich die Verhältnisse ebenfalls durch eine Vermehrung der Auftragsaufträge gebessert. Viele deutsche Firmen leben sich durch den Eland untr. schlechten Valuta veranlaßt, ihre Druckaufträge nach Österreich zu vergeben.“

Ungarn. Nach der Auflösung der Gewerkschaft der Buchdrucker im Dezember vorigen Jahres schlossen sich sämtliche im graphischen Gewerbe Beschäftigten desto enger zusammen. Es wurde beschloßen, unter einheitlicher Führung am 28. Februar einen Kampf für die Anerkennung

der gewählten Vertrauensmänner und für eine Lohnerhöhung der Bucharbeiter um 55-75 Proz. aufzunehmen. Beide Forderungen wurden von den Unternehmern, die offenbar unter dem Druck der Regierung standen, abgelehnt. Erst nach der Rückkehr der Arbeiter in die Betriebe sollte über die aufgestellten Forderungen verhandelt werden. Seit dem Sturz der kommunistischen Diktatur war dieser erste Kampf der Bucharbeiter in Sorby-Lagan ein soziales und politisches Zielnis von außerordentlicher Tragweite. Er brachte wieder einmal den tiefen Sturz der ungarischen Arbeiterbewegung zum vollen Bewusstsein: ein Proletariat, das vor 19 Monaten die Allein herrschaft im Staat und in der Gesellschaft besaß, mußte jetzt einen Kampf führen für das so primitive Gewerkschaftsrecht der Anerkennung der Vertrauensmänner! Sämtliche Zeitungen wurden infolge des Kampfes stillgelegt. In Budapest erliefen während des Streiks nur ein Regierungsblatt, das von einer technischen Hilfsbrigade besetzt wurde. In der sozialdemokratischen Druckerei „Milagostaja“ wurden die Lohnforderungen sofort bewilligt, und es wurden Anstalten getroffen, die „Mepiana“ erscheinen zu lassen, was jedoch von militärischer Seite verhindert wurde. Die Sorby-Regierung bereitete als Antwort auf den Streik alsbald einen Raubzug gegen alle Gewerkschaften vor, indem sie eine Verhaftungswelle androhte, der es verbunden sollte, daß die Führer der Gewerkschaften die in den wirtschaftlichen Organisationen gesammelten moralischen und finanziellen Hilfsquellen für politische Zwecke nutzbar machen können und daß sie überhaupt die Arbeiterkassen in staatsfeindliche Aktionen hineinreißen können.“ Damit wurde versucht, den Kampf zu einem politischen zu stempeln, der es der konterrevolutionären Regierung ermöglicht hätte, mit brutaler Gewalt gegen sämtliche Gewerkschaften vorzugehen. Das glaubten die Bucharbeiter nicht verantworten zu können, weshalb sie den Verhandlungsweg einschlugen. Am 2. März rief der Organisationsausschuß sämtliche Vertrauensmänner zu einer Sitzung zusammen, in der mitgeteilt wurde, daß der Verein der Arbeitgeber der graphischen Industrie im Falle der sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit geneigt wäre, den Arbeitern eine sofortige Unterfertigung von 30 Proz. anzuweisen. Aber die Lohnerhöhungen am 1. April sollte verhandelt werden, jedoch nicht auf der Grundlage der heutigen Forderungen. Im Organisationsausschuß kam es zu keiner einheitlichen Stellungnahme, doch sprach sich eine bedeutende Zahl der Anwesenden für die Annahme des Vorschlags aus. In einer erneuten Sitzung am 3. März wurde beschlossen, den Vorschlag der Arbeitgeber anzunehmen unter der Bedingung, daß Gewähr gegeben würde für die spätere Bewilligung der geordneten Lohnerhöhungen. Am 4. März wurde dann die Arbeit wieder aufgenommen, zugleich begannen auch die Verhandlungen über die Lohnforderungen. Aber ihr Resultat ist uns bis jetzt noch nicht bekannt geworden.

Polen. Zu der in Nr. 26 gebrachten Notiz über in Polen eingegangene deutsche Zeitungen wird uns noch mitgeteilt, daß die darin angegebene Zahl von 28 deutschen Zeitungen, die seit Jahresfrist ihr Erscheinen einstellen, viel zu niedrig gegriffen ist. In dem Verzeichnis sind allein drei in der südlichen Provinz Polen eingegangene Zeitungen, nämlich die „Ostrower Zeitung“, die „Pleschener Zeitung“ und die „Schidloberger Zeitung“ nicht mit aufgeführt. Damit ist aber leider die Gesamtzahl noch lange nicht erreicht, denn inzwischen sind noch weitere 10-15 Zeitungen eingegangen. Es steht ziemlich traurig mit der schwarzen Kunst in der einst so blühenden Provinz Polen.

Das Verhältnis der polnischen und der deutschen Kollegen zueinander wurde von einem deutschen Kollegen in Nr. 17 als nicht erfreulich bezeichnet und die Hauptschuld daran den polnischen Kollegen zugeschoben. Unter Bezugnahme auf diese Feststellung ging uns folgende Zuschrift zu mit der Bitte um Veröffentlichung: „Die ordentliche Monatsversammlung des Verbandes Deutscher Buchdrucker in der Republik Polen (Ortsverein Polen) vom 5. März verurteilt ganz entschieden die unverantwortliche Handlungsweise eines einzelnen Kollegen, wie sie in der Berichtserstattung in Nr. 17 des „Korr.“ unter „Polen“ über das Verhältnis der polnischen und deutschen Kollegen zueinander zum Ausdruck kommt. Versammlung und Vorstand lehnen jede Verantwortung ab und erklären, daß sie solcher Berichtserstattung, die geeignet ist, das bisherige korrekte und kollegiale Verhältnis zu den polnischen Kollegen zu trüben, vollkommen fernbleiben. Im Interesse der Gesamtheit muß jeder Zerstückelungsverlust der Arbeiterkassen vermieden werden.“ Unter Gewährsmann erklärt hierzu, daß nach den Berichten, die ihm zugegangen sind, seine Stellungnahme vollumfänglich zutreffend war. Es wurde ihm u. a. berichtet, daß der einzige übriggebliebene Vertreter in der Lohnkommission aus den angeführten Gründen sein Amt niederlegte und nur auf besonderes Ersuchen einer Vereinsversammlung dasselbe weiterführte. Dieser und andre Vorgänge sähen nicht gerade nach Harmonie aus. Auch die Stellungnahme des letzten Gutlages besage dies nicht. Nur eine vollständige Resignation, die anscheinend durch die jetzigen dortigen Verhältnisse bedingt sein mag, lasse vorliegendes Einspruch erklärlich erscheinen. Wir werden aus alledem die Mißanwendung ziehen, Berichte, die das beiderseitige perfide Verhältnis in der Kollegenchaft berühren, überhaupt nicht mehr zu bringen.

Palästina. Infolge der Anerkennung Palästinas als jüdischer Staat eröffnen sich für das Buchdruckergewerbe gute Ausichten. Am so mehr als Palästina demnächst eine Universitätsbibliothek erhalten wird, die sich schon im Bau befindet. Ein höheres Technikum besteht bereits in Safsa. Die Unterrichtssprache dort ist Hebräisch, ebenso wie in allen Gymnasien und andern Schulen. Es besteht infolgedessen

ein Mangel an hebräischen Lehrbüchern. Zahlreiche Übersetzungen europäischer Klassiker warten auf ihre Brudrucklegung, auch liegt viel sonstiges Material, wie Enzyklopedien, Wörterbücher usw., druckbereit vor. Drudrieren gibt es gegenwärtig nur in den Städten, und zwar Jerusalem (15), Safsa (5), Safsa (2), Tiberias (1) und Salfed (1) Buchdruckerbetriebe mit Ausnahme von Jerusalem, wo etwa 100 Betriebe existieren, und in Safsa mit etwa 40-50 Betrieben. Am besten organisiert sind die Jerusalemer Buchdrucker; fast 90 Proz. gehören der Organisation an. Die beiden dortigen, täglich erscheinenden hebräischen Zeitungen werden durch kooperative Gruppen hergestellt, die die Drudrieren in Pacht genommen haben. Sie umfassen etwa die Hälfte der gesamten Gewerkschaft. So besteht die kooperative Gruppe der Zeitung „Haareb“ aus 26 Mitgliedern und diejenige der Zeitung „Doar Hachajom“ aus 20 Mitgliedern. Der Jerusalemer Verein beschließt, eine eigene Druckerei zu gründen, um noch mehr Gehilfen Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Auch der erste Kollege hielt bereits seinen Einzug in Allen. In Jerusalem wurden durch die Druckereigesellschaft „Halol“ für die hebräische tägliche Zeitung „Doar Hachajom“ zwei Schreibmaschinen eingeführt, und für die egyptische Wochenzeitung „Palestine Wechik“ ist eine Schreibmaschine im Betrieb. Eine amerikanische Druckereigesellschaft mit einem Grundkapital von einer halben Million Dollar ist auch bereits zum Entstehen getreten; sie plant den Bau eines passenden Saales für eine große Verlagsdruckerei, die außer der Buchdruckerlei auch Buchdruckerei, Stereotypie, Seilmaschinen, Lithographie und alle druckgewerbliche Zweige umfassen wird, in denen einige Sonderarbeiter beschäftigt werden sollen. Ferner beabsichtigt der hebräische Verlag Sifibet (New York-Moskhou-Barhoun), in kurzer Zeit in Jerusalem eine eigene Druckerei zu errichten. Aus Odessa (Rubland) kam die Nachricht, daß die große Druckerei „Moriab“ (Ch. N. Bialik und S. Ch. Rawitzki) nach Jerusalem verlegt werden soll. Das Arbeiterorgan „Sapool Hachajom“ („Der junge Arbeiter“) in Safsa wird in einer neuerrichteten modernen Druckerei hergestellt. Leider konnte die Regelung der Lohn- und der Arbeitsverhältnisse noch nicht zur Durchführung gebracht werden, doch hofft man, mit dem gewerblichen Aufschwung auch zu Verhältnissen in Palästina zu kommen, wie sie einer Arbeiterorganisation würdig sind.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmenswertes Beispiel. In Haldelberg überreichte die dortige Vereinsdruckerei, J. G., ihren Gehilfen als besondere Zehelste je 200 Mk. für Verheiratete und 100 Mk. für Ledige.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer des Bezirks Bielefeld bestanden die Kollegen Adolf Brokmann, Hermann Stärke, Dietrich Fischer, Hermann Wehring und Heinrich Helfting die Meisterprüfung.

Einhelligkeit in der Rechtschreibung. In einer gemeinsamen Versammlung der Berliner Korrektoren und Maschinenleher gelangte nachstehende Entschlebung einstimmig zur Annahme: „Die heute verammelten im Verein der Berliner Buchdrucker organisierten Korrektoren, Maschinenleher usw. erklaren den Verbandsvorstand, bei der Reichsregierung zu gelegener Zeit dahin zu wirken, daß die Behörden verpflichtet werden, sich den allgemein üblichen Regeln der deutschen Rechtschreibung zu unterwerfen. Eine besondere „amtliche“ oder „behördliche“ Schreibweise soll unzulässig sein. Die im Dienstgebrauch üblichen Wortabkürzungen, die sich der allgemeinen Kenntnis entziehen, sind ausschließlich auf den Dienstgebrauch zu beschränken. Die Schreibweise der Orts- und Städtenamen, die Eintragungen in die Handelsregister, sowohl der Vornamen der Firmeninhaber wie der Firmen selbst, unterliegen den allgemein üblichen Regeln der Rechtschreibung.“

Institut für Zeitungsstudien in München. Der Finanzausschuß des bayerischen Landtags beschäftigte sich kürzlich mit einer Denkschrift des Vereines Bayerischer Zeitungsverleger und des Landesverbandes der Bayerischen Presse, durch die die Forderung auf Errichtung eines Instituts für Zeitungsstudien an der Münchner Universität begründet wird. Der Kultusminister bezeichnete die Pläne der Eingabe als etwas zu hochgepannt. Nicht ganz mit Unrecht vertrat er die Ansicht, daß die eigentliche Befähigung zu einem guten Redakteur nicht auf einer Hochschule erworben werden könnte, das müße in der Redaktionstube erlernt werden, und „wer es nicht hat, lernt es überhaupt nie“. Auf der Hochschule kann der Betreffende nie das Wissen für seinen Beruf schöpfen. Zur Schaffung der Grundlagen sind die Gelegenheiten jedoch schon vorhanden. Die Wichtigkeit eines solchen Instituts wird aber trotzdem von der Regierung anerkannt. Eine entsprechende Vorlage soll dem Landtag unterbreitet werden. Die Eingabe wurde der Regierung zur Würdigung übergeben. Von einem Beschluß auf Berücksichtigung wurde in Anbetracht der Erklärung des Ministers abgesehen.

Offene Stelle für befähigte Gewerkschaftler. Zum sofortigen Austritt sucht das Gewerkschaftskartell Echernförde einen Gewerkschaftssekretär. Es handelt sich um ein Gebiet, in dem hauptsächlich landwirtschaftliche Arbeiterfragen in Betracht kommen. Bewerbungen mit einem Aufschub über die Aufgaben eines Gewerkschafts- und Arbeitserklärers sind bis zum 1. April an den Vorsitzenden des Ortsausschusses Otto Alde in Echernförde, Sungenberg 43, einzureichen.

Abbau der Fremdmachung von Arbeitsstellen. Nach Mitteilungen des Reichsarbeitsministeriums hat die Ver-

ordnung über die Fremdmachung von Arbeitsstellen eine sehr wesentliche Einschränkung erfahren. Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 5. März 1921, die in vielen Tagen im „Zentralblatt“ veröffentlicht worden ist, kann die Fremdmachung von Arbeitsstellen nur noch in Orten stattfinden, die mehr als 10.000 Einwohner haben und wo die Anzahl der Empfänger von Erwerbslosenunterstützung weniger als 100, Proz. der Bevölkerung beträgt. Die Verordnung ist mit dem 15. März 1921 in Kraft getreten. Mit dem 31. März 1921 verlieren alle Anordnungen der Demobilisationsorgane in allen Orten, die die genannten Bedingungen nicht erfüllen, ihre Wirkung. In den Orten, in denen die Fremdmachung noch weiter möglich ist, ist es hundertfach nur um ein knappes Gehend, darunter Berlin, Hamburg, Leipzig, München usw., wird sie übrigens künftig nicht mehr von den Demobilisationsausschüssen durchgeführt werden können, weil diese bis zum 31. März 1921 aufgelöst werden. Die Durchführung wird vielmehr auf einen andern Ausichub übergehen, dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl angehören. Dafür kommt in erster Linie der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises in Frage.

Internationaler Gewerkschaftsbund und Durchföhrung des Friedensvertrags. Am 14. und 15. März hat das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam in Anwesenheit deutscher Vertreter eine Aussprache über die Haltung der Gewerkschaften zur politischen Weltlage gepflogen und sahle als deren Ergebnis eine Entschlebung, in der es u. a. heißt: „Der Internationale Gewerkschaftsbund nimmt die von den Vertretern der deutschen Arbeiterkassen abgegebenen Erklärungen zur Kenntnis, in denen der dringende Wunsch der deutschen Gewerkschaften ausgesprochen wurde, für den Wiederaufbau zu arbeiten. Er beauftragt, daß das Genfer Abkommen zwischen den französischen und deutschen Bauarbeitersorganisationen über die Wiederaufnahme der durch den Krieg verursachten Schäden dieser Aktion als Grundlage zu dienen hat. Um die Durchföhrungsmöglichkeiten dieses Abkommens festzusetzen, wird eine spezielle Kommission der Gewerkschaftsvertreter aus den betreffenden Ländern für den 31. März d. J. nach Amsterdam einberufen werden. Angefichts der einander widersprechenden Erklärungen der Sachverständigen beider Parteien schlägt der Internationale Gewerkschaftsbund vor, daß eine unparteiische Enquete abgehalten werde, wodurch zwischen den verfeindeten Ländern nötigenfalls durch Schiedspruch eine Übereinstimmung erzielt werden soll, sowohl was die Wiederaufzumachenden Schäden als auch was die Leistungsfähigkeit des Schuldnerstaats betrifft. Bis zur endgültigen Regelung soll eine vom lehtgenannten Lande auszubehmende internationale Anleihe die notwendigen Verhältnisse aufbringen, damit die Arbeiten des Wiederaufbaues unverzüglich in Angriff genommen werden können.“ Die Entschlebung des Internationalen Gewerkschaftsverbandes wurde durch eine Erklärung der deutschen Arbeiterverbände vervollständigt, die mit den Unterschriften der Arbeitervertreter Grafmann und Sué versehen ist. Die Unterschriften geben namentlich ihrer Meinung Ausdruck, daß eine solche Reparatur der durch den Krieg verursachten Schäden eine der dringlichsten Aufgaben ist, die der zivilisierten Welt in ihrer Verantwortung zufällt. In allererster Linie muß an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordamerikas und Belgiens herangegangen werden. Die Erklärung schließt: „Es besteht kein Zweifel, daß unter deutschen Gewerkschaften zwecks rascherer Ausführung der Wiederaufbauarbeiten allen ihren Einfluß auf die wichtigen beteiligten Arbeitskreise aufzubringen werden.“

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedriehstraße 239
Briefadresse: J. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Dreiwöchentliches Nachtrag

zum Verzeichnis der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1921.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls es sich innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis, Hannover: Oplb, Ensl.
- II. Kreis, Ahaus: Venig, Gebr., Filiale Ahaus. — Barmer, U. — Wölter, Otto. — Gauger (Westl.). — Verlagsdruckerei „Mittelwind“, G. m. b. H. — Glien: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Emil Buch (vorm. H. Kreuzer), G. m. b. H. — Haldelberg bei Mro: Emma, Peter, & Co. — Uetmather: Albin, Heinrich. — Saarbrücken 3: Ha Jäger, Emil (Emil Söllinger sen.).
- III. Kreis, Friedberg (Hessen): Dittm., Friedrich (Friedr. Nthelm und Wth. Reib). — Kalle: Baumann & Co. (Frau Bertha Baumann). — Mainz: Zimmerman, J., Sohn.
- IV. Kreis, Mannheim: Biermann, Hugo. — Säckingen: Mehr, Gustav.
- V. Kreis, Gerolshausen: Teufel, Franz. — Ingoßhof: Frank & Neuhöfer. — München: Alberser & Co. (S. Alberser) und S. Bachmair. — Nürnberg: Hausmann, Hans.
- VI. Kreis, Gießen: Bernicke, Hugo (Hugo Bernicke, Hans Altschwaht). — Weimar: Henne, Bruno.
- VII. Kreis, Dresden: Heilig & Seiler. — Leipzig: Lindner, R. (Frau Helene verw. Lindner). — Meissen: Strothner, Friedrich.
- VIII. Kreis, Berlin: Kunze, Gebr. (Georg Kunze). — Neubühl: „Kunze-Druck“ (Gnd. Albert S. Kunze). — Berlin: Kreis, Dresden: Outhoer, Gustav. — Sondersfeld: Soppeln, E.
- X. Kreis, Hamburg: Meißel, C. & Co.; Specht & Vogt.
- XI. Kreis, Werder a. d. S.: „Saxenländische Tagespost“.

Aus dem Verzeichnis der Tarifreinen wurden folgende Firmen:

Kreis VI. Buchdruckerei Julius Wahn in Walfershausen in Thüringen.

Kreis VIII. Druckerei des Reichswehrministeriums (früher Admiralsdruckerei) in Berlin.

Berlin, 10. März 1921.

J. S. Paul Schliebs, Geschäftsführer